

## Parteiprogramm 2018

---

**verabschiedet am Parteitag vom 20. August 2018**

## Bildung

Bildung ist der Schlüssel dazu, dass wir unser Potenzial optimal entfalten und einbringen können. Gut gebildete Menschen begünstigen die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Schweiz. Eine hohe Bildungsqualität ist zudem ein massgebender Standortvorteil. Entsprechend messen wir der Bildungspolitik eine zentrale strategische Bedeutung bei und vertreten in Basel folgende Grundsatzpositionen:

**Vielseitig gebildete Bürgerinnen und Bürger:** Unser Bildungssystem hat – insbesondere in der Volksschule – dafür Sorge zu tragen, dass sich die jungen Menschen zu mündigen, aufgeklärten, vielseitig gebildeten und aktiven Erwachsenen entwickeln können, die ihr Handeln reflektieren und dafür Verantwortung übernehmen. Hierzu soll insbesondere durch eine Stärkung der politischen Bildung das Verständnis für politische Zusammenhänge und Prozesse bei Schülerinnen und Schülern besser gefördert werden. Aus liberaler Sicht ist dies essenziell, sowohl für die langfristige Erhaltung unserer direkten Demokratie, für Frieden und Zusammenhalt als auch für privates Glück.

**Qualitativ hochwertige Ausbildungen:** Der heutige globalisierte Arbeitsmarkt erfordert, dass unsere Ausbildungen im weltweiten Vergleich zu den besten zählen und international eine gegenseitige Anerkennung erfolgt. Das schafft zum einen die Grundlage dafür, dass möglichst alle unsere Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt bestehen können. Zum anderen können wir so auch genügend adäquate Fachkräfte hervorbringen und die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Basel sichern. Unser duales Bildungssystem bietet hierfür die besten Voraussetzungen und muss entsprechend gefördert und gepflegt werden.

**Vielfalt und Wahlfreiheit im Bildungssystem:** Wir sind der Überzeugung, dass Wahlfreiheit und der daraus resultierende Wettbewerb die Entfaltungsmöglichkeiten und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Das gilt auch für den Bildungsbereich. Es braucht dazu geeignete Rahmenbedingungen, die zum Beispiel die Wahl von Schulen und Universitäten unabhängig vom elterlichen Einkommen ermöglichen, mit neuen Modellen wie Bildungsgutscheinen auch Privatschulen berücksichtigen und die Durchlässigkeit über alle Stufen gewährleisten.

## Was die FDP erreichen will:

- › **Chancengleichheit und Integration durch Bildung:** Jedes Kind soll in unserem Bildungssystem die gleichen Chancen haben. Entscheidend dabei ist es, dass Schwächen möglichst früh ausgeglichen werden. Denn hier werden die wichtigsten Weichen für eine gelingende Integration gestellt. Von staatlicher Seite sollen hierzu in erster Linie Anreize geschaffen und nur im Zweifelsfall – im Sinne der Wahrung der persönlichen Rechte der Kinder – auch Massnahmen angeordnet werden.
- › **Mehr als nur Wissen vermitteln:** Bei der Ausbildung gilt es, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und Grundkompetenzen zu vermitteln. Es ist klar und verbindlich zu definieren, was ein Volksschulabgänger können soll. Dabei geht es aber nicht nur um Wissensinhalte, sondern die Menschen sollen auch Eigenverantwortung wahrnehmen und vernetzt denken können.
- › **Individuelle Betreuung und Kleinklassen:** Um die optimale Förderung der Schülerinnen und Schüler und einen möglichst störungsfreien Unterricht gewährleisten zu können, sind Formate für die individuelle Betreuung notwendig. Insbesondere ist die Aufhebung des Kleinklassen-Verbotes zu prüfen, das nur in Basel besteht. Zugleich müssen auch starke Schüler ausreichend gefördert werden.
- › **Flexible Entwicklung des Bildungssystems:** Das Bildungssystem darf nicht überfordert werden. Reformen müssen Zeit haben um zu wirken. Sie sollen aber konsequent kritisch auf die Erfüllung der gesetzten Ziele hin evaluiert werden. Verbesserungen im Kleinen müssen stets möglich bleiben.
- › **Bürokratischen Aufwand minimieren:** Der bürokratische Aufwand für die Lehrpersonen sowie im gesamten Schulbereich muss reduziert werden, damit mehr Zeit für das Wesentliche – die Arbeit mit den Kindern – bleibt. Die vorhandene Infrastruktur soll besser und flexibler genutzt werden. Die Notwendigkeit von Formularen ist zu überprüfen und das Gespräch mit den Eltern wieder in den Vordergrund zu stellen. Der Wiedereinstieg von Lehrkräften sowie der Quereinstieg von ausgebildeten Berufsleuten soll vereinfacht werden.
- › **Eltern erziehen, Lehrpersonen lehren:** Der Fokus der Schulen soll auf der Bildung liegen. Ihr Einfluss in Erziehungsfragen muss in einer vernünftigen Balance stehen zur Freiheit und Eigenverantwortung der Eltern, ihre Kinder so zu erziehen, wie sie es für richtig halten. Gleichzeitig sind jedoch Autorität und Entscheidungskompetenz der Lehrpersonen zu schützen. Ihnen muss bei schwierigen Entscheiden der Rücken gestärkt werden.
- › **Gemeinsame Hochschul-Trägerschaften:** Gerade in unserer kleinräumigen Region sind kantonsübergreifende Trägerschaften auch im Bildungssystem wichtig. Wir befürworten daher die regional gemeinsamen Trägerschaften von Universität und Fachhochschule und setzen uns ebenso für eine transparente und faire Finanzierung ein.
- › **Stetige Weiterbildung ermöglichen:** In der heutigen Zeit ist lebenslanges Lernen unabdingbar. Hierfür stehen primär Wirtschaft und Individuen in der Verantwortung, die vielfältigen privaten Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. Wir begrüßen aber auch Weiterbildungsmöglichkeiten an staatlichen Bildungseinrichtungen, insbesondere wenn diese in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angeboten werden.

## Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir zusammenarbeiten und uns austauschen, und sie befördert die Entwicklung von neuen Produkten und Dienstleistungen. Durch die räumliche Dichte und die hohe Anzahl an gut ausgebildeten Einwohnerinnen und Einwohnern hat Basel gute Voraussetzungen, sie erfolgreich nutzen zu können. Zudem bergen Big-Data-Anwendungen gerade bei der regionalen Leitbranche Life Sciences ein enormes Entwicklungspotenzial – in der Forschung und bei konkreten Angeboten. Auch im Bereich der visuellen Gestaltung verfügt Basel mit seiner langen Tradition in der Kunstgeschichte und dem universitären Schwerpunkt Bildwissenschaften über grosse Potenziale für die Zukunft, zum Beispiel für innovative Planungs-, Darstellungs- und Vermittlungstools. Schliesslich hat die Verwaltung im Bereich eGovernment bereits eine gute Basis für eine rasche weitere Digitalisierung geschaffen, die grosses Potenzial für Effizienzgewinne birgt.

Gleichzeitig stellen sich im Bereich des Datenschutzes, bei der Bereitstellung modernster Infrastrukturen, der Befähigung aller Altersgruppen und Bildungsniveaus und bei der Entstehung von neuen Monopolen für die laufenden Veränderungen grosse Herausforderungen, um die Freiheit der Individuen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu gewährleisten.

**Datenschutz und Selbstbestimmung:** Sicherheit und Schutz von persönlichen Daten wie auch die grösstmögliche Selbstbestimmung der Einwohnerinnen und Einwohner beim Umgang mit ihren Daten haben für uns höchste Priorität.

**Optimale Rahmenbedingungen schaffen:** Wir setzen uns konsequent dafür ein, in Basel optimale Rahmenbedingungen bei der Infrastruktur, im eGovernment und der Bildung zu schaffen. Damit die Chancen der Digitalisierung optimal genutzt werden können und ein investitionsfreundliches Klima entsteht. Basel kann und soll hier, in enger Zusammenarbeit mit Privaten, eine Vorreiterrolle einnehmen.

## Was die FDP erreichen will:

- › **Datentransparenz und Datenschutz:** Der Kanton hat transparent darüber zu informieren, welche Daten er speichert und wer Zugriff darauf hat. Dazu benötigt es eine eindeutige Regulierung von Datenzugriffsberechtigungen. Es gilt das Prinzip, dass Daten dem Individuum gehören: Es soll jederzeit Einsicht in seine Daten erhalten und hat auch ein Recht auf Vergessen, was heute nur in Teilbereichen umgesetzt ist.
- › **Open Data:** Durch die Verwaltung generierte Daten sind, unter Berücksichtigung des Datenschutzes, als öffentliches Gut zu betrachten und in anonymisierter Form allen zur Verfügung zu stellen.
- › **Digitales Leitbild:** Basel muss eine digitale Kultur und Identität entwickeln. Der Kanton soll für sich selbst einen Fahrplan aufstellen, was er bis wann und mit welchem Mehrwert digitalisieren und automatisieren will.
- › **Bereitstellung einer Top-Infrastruktur:** Die Infrastruktur von Basel-Stadt soll auf dem aktuellen Stand des technologischen Fortschritts sein. Der Kanton ist dafür verantwortlich, dass hierfür das bestmögliche regulatorische Umfeld geschaffen wird. Der Kanton soll keine strengeren Vorschriften haben als der Bund. Dafür ist es zudem notwendig, dass Basel mit anderen Städten und Kantonen, Regionen und privaten Anbietern eng kooperiert, um Synergien zu erzielen, Standards zu etablieren und Investitionen anzuziehen. Die Infrastruktur als solche (Stichworte Intelligente Vernetzung, Mobilfunkgeneration 5G, Verkehrsleitsystem 4.0) soll wenn immer möglich von Privaten bereitgestellt werden.
- › **Primat der Wirtschaft:** Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Hand keine eigenen Lösungen entwickelt, die von Privaten angeboten werden können. Nur bei natürlichen Monopolen ist zu prüfen, ob diese von öffentlicher Seite bewirtschaftet werden sollen.
- › **Gestaltungsfreiheit bei der Arbeitskultur:** Unternehmen sollen ihre Arbeitskultur frei und selbstbestimmt gestalten können (Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf). Das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht sind zu überprüfen und den heutigen Realitäten anzupassen, z.B. in Bezug auf Home Office oder flexiblere Arbeitszeiten.
- › **So viel eGovernment wie möglich:** Die digitale Kommunikation mit Behörden ist so auszubauen, dass alltägliche Geschäfte mit den Behörden elektronisch abgewickelt werden können. Das betrifft die allgemeine Kommunikation wie auch Steuererklärungen oder Unternehmensgründungen (Stichworte eWallet, eSignatur, digitale ID). Der Kontakt soll möglichst an einer Schnittstelle gebündelt werden, an dem auch alle persönlichen Informationen verfügbar sind. Nicht zuletzt soll die Einführung des eCollecting für Petitionen, Initiativen und Referenden die politische Partizipation vereinfachen. Dabei hat die Cybersicherheit bei allen Transaktionen – vergleichbar mit der Finanzbranche – höchste Priorität. Zudem ist darauf zu achten, dass es zu keiner «digitalen Exklusion» vor allem älterer Menschen kommt.
- › **Lebenslanges Lernen:** Wir setzen uns für einheitliche digitale Bildungsplattformen über alle Stufen ein – von der Primarschule über die tertiäre Bildung bis zum lebenslangen Lernen. Auf solchen Plattformen sollen Wissen und Lernmaterial ausgetauscht werden können. Das lebenslange Lernen muss im Besonderen gefördert werden, damit alle Generationen den Anschluss an den Wandel durch die Digitalisierung behalten können.

## Wirtschaft

Um den Wirtschaftsstandort Basel erfolgreich in die Zukunft zu führen, müssen wir uns aktuellen Herausforderungen stellen und künftige Entwicklungen antizipieren. Aktuelle Herausforderungen sind zum Beispiel die Verfügbarkeit von Wirtschaftsflächen, das Währungsumfeld, der Online-Handel, die Zunahme an Vorschriften und Regeln sowie die Verschlechterung der Erreichbarkeit des Zentrums durch Stau auf den Zufahrtsstrassen. Weitere Herausforderungen sehen wir in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den primären Arbeitsmarkt, die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften für die digitale Zukunft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer sowie darin, steuerlich wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir vertreten in unserer Wirtschaftspolitik deshalb folgende Grundsatzpositionen:

**Sorgfalt zum Bestehenden und Diversifikation:** Die starke Position der Life Science ist ein Geschenk für Basel. Mit diesem Standortvorteil muss sorgfältig umgegangen werden. Gleichzeitig ist eine Diversifikation anzustreben. Auch andere Branchen sollen sich in Basel entfalten können: Beispielsweise IT-Unternehmen, Versicherungen und Finanzdienstleistungen, Kreativunternehmen und Unternehmen der digitalen Zukunft. Dazu braucht es die richtigen Rahmenbedingungen bezüglich Infrastruktur, Steuer- und Anreizsystemen.

**Service public als Service *au* public:** Aufgabe einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik ist in erster Linie die Schaffung und Erhaltung von geeigneten Rahmenbedingungen, die es Unternehmen erlauben, in Basel konkurrenzfähig Geschäfte zu treiben. Die Regulierung ist auf das notwendige Minimum zu reduzieren.

**Gestaltung des Arbeitsmarktes:** Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sollen proaktiv angegangen werden. Wir setzen uns ein für die Integration aller Arbeitskräfte, von jung bis alt, mit und ohne Migrationshintergrund. Dabei gilt es auch, neue Arbeitsmodelle zu berücksichtigen.

## Was die FDP erreichen will:

- › **Innovation statt Subvention:** Basel-Stadt soll ein attraktives Umfeld für Innovation und Start-ups sein. Schaffen wir in Basel noch bessere Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation – innerhalb der Life Science und vermehrt auch ausserhalb. Neue Investoren sollen gezielt angezogen werden.
- › **Steuern und Abgaben:** Der internationale und -kantonale Steuerwettbewerb nimmt zu. Basel darf den Anschluss nicht verlieren: Die Abgaben sollen sich im unteren Drittel der Kantone bewegen.
- › **Sorge tragen zu den KMU:** Es muss sichergestellt werden, dass für KMUs genügend Wirtschaftsflächen verfügbar sind. Ausserdem sollen sie durch staatliche Anbieter nicht konkurrenziert werden: Arbeiten wie z.B. Bäume pflanzen oder Tramschienen sanieren können durch das Gewerbe effizienter und ohne Quersubventionen geleistet werden.
- › **Liberalisierte Öffnungszeiten:** Die freie Wahl der Öffnungszeiten kommt dem Detailhandel im Umfeld des zunehmenden Online-Handels zugute. Im Sinne eines guten Service *au public* sollen auch Verwaltungsstellen bedarfsgerechte Öffnungszeiten haben. Termine mit der Verwaltung sollen online gebucht werden können.
- › **Bewilligungswesen und Geschäftsverkehr:** Das Bewilligungswesen soll weiter vereinfacht und bürgerfreundlicher ausgestaltet werden, sodass beispielsweise bei einem Umbau nicht mehrere Departemente einbezogen werden müssen. Einfache Standardbewilligungen sollen von einer Stelle alleine entschieden, komplexere Bewilligungen von einer Stelle koordiniert und zügig vorangetrieben werden. Der Geschäftsverkehr mit den Behörden soll ausnahmslos elektronisch möglich sein, wozu ein einheitliches staatliches Portal für die Bürgerinnen und Bürger einzurichten ist.
- › **Neue Arbeitsmodelle ermöglichen:** Technologische Möglichkeiten erlauben es, den Arbeitsalltag anders zu gestalten. Neue Arbeitsmodelle wie Homeoffice verbreiten sich zunehmend – dies entlastet auch die Infrastruktur. Der Staat soll hier mit gutem Beispiel vorangehen und zudem regulatorische Hürden abschaffen.
- › **Die ältere Arbeitsbevölkerung nicht vergessen:** Durch die Digitalisierung und die Veränderung von Tätigkeitsprofilen besteht die Gefahr, dass die ältere Arbeitsbevölkerung stärker unter Druck kommt. Es ist darauf zu achten, dass ältere Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt bleiben, damit ihre Kompetenzen und Erfahrungen genutzt werden können.
- › **Integration junger Erwachsener:** Wir haben in Basel eine sehr hohe Anzahl junger Erwachsener, die nach der Schule von der Sozialhilfe lebt. Es braucht neue Wege der Förderung und Forderung, um diese jungen Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Potenzial der Jugendlichen soll sich so sinnvoll entfalten können.
- › **Vertrauen in die Privatwirtschaft stärken:** Es ist ganz allgemein zu beobachten, dass das Unternehmertum heute weniger geschätzt wird als früher, man immer mehr auf den Staat setzt und das Privateigentum einschränkt. Das Vertrauen in die Privatwirtschaft soll gestärkt und das Privateigentum geschützt werden. Beides sind Grundelemente, um Wohlstand für alle zu generieren. Ebenso braucht es aber auch die Mitwirkung der Wirtschaft und ihrer Exponenten in unserem Milizsystem, um eine freiheitliche Werteordnung zu garantieren.

# Ausländerinnen/Ausländer und Migration

Basel hat eine lange Tradition als offene Gesellschaft. Hier haben sich Menschen, Unternehmen und Institutionen aus aller Welt niedergelassen. Sie tragen zum Wohlstand der Stadt bei und haben, ebenso wie die einheimische Bevölkerung, ein Recht auf eine eigene kulturelle Identität.

Die Tatsache, dass die Stadt bis dato trotz des hohen Ausländeranteils von aktuell 36 Prozent keine grossen Probleme im gesellschaftlichen Zusammenleben hat, verdanken wir einer langen liberalen und weltoffenen Tradition und einer entsprechenden Rechtsordnung, die ideale Voraussetzungen für die Integration und das Zusammenleben aller Beteiligten bietet. Zu dieser Tradition bekennen wir uns und setzen uns für Offenheit und Toleranz zwischen allen Bewohnerinnen und Bewohnern ein. Hier ganz klar Stellung zu beziehen ist besonders wichtig geworden in einem europäischen Umfeld, in dem sich die Migrationsdebatte verschärft und viele Menschen Zuflucht in extremen Positionen suchen.

## Was die FDP erreichen will:

- › **Freiheitliche und eigenverantwortliche Lebensgestaltung:** Die Stadt Basel muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit jede und jeder Einzelne in Eigenverantwortung ihr bzw. sein persönliches Lebenskonzept verwirklichen kann. Es ist aktiv darauf hinzuwirken, dass ausländische Zuzügerinnen und Zuzüger nicht in eine langfristige Abhängigkeit von staatlichen Zahlungen geraten.
- › **Probleme ansprechen:** Wir fordern dazu auf, die Probleme der Integration im gesellschaftlichen Diskurs aktiv anzusprechen. Extremismus, Parallelgesellschaften, Antisemitismus und Homophobie werden nicht durch Wegschauen gelöst. Gegenüber Intoleranz darf es keine falsche Toleranz geben.
- › **Fördern und fordern:** Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und Teilhabe an der Gesellschaft sind gute Kenntnisse der deutschen Sprache und unseres politischen Systems. Die Teilnahme am aktuellen Angebot für kostenlosen Deutschunterricht und an Integrationskursen ist wünschenswert und sollte spätestens in dem Moment, in dem staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden, verpflichtend sein.
- › **Integration von Expats:** Expats bleiben heute zum Teil länger in Basel als früher. Ihre Integration soll auf einen längerfristigen Aufenthalt ausgerichtet sein. Das gilt auch für die Ehepartnerin bzw. den Ehepartner und die Kinder.



## Forschung und Innovation

Basel ist ein Forschungs- und Wissensstandort mit internationalem Renommee. Er floriert insbesondere dank Synergien zwischen der Wirtschaft und qualitativ hochstehenden Hochschulen. Damit das so bleibt, ist es von grösster Bedeutung, dass die talentiertesten Forschenden und Fachleute für Basel gewonnen werden können und ein reger Austausch mit ausländischen Institutionen gepflegt wird.

In diesem Sinne setzen wir uns für die bestmöglichen Rahmenbedingungen für unsere Forschungsstätten sowie alle forschungs- und innovationsbasierten Unternehmen – von der erfolgreichen multinationalen Industrie bis hin zu risikofreudigen Startup-Firmen – im Kanton Basel-Stadt und der gesamten Region ein. Das Potenzial zur Entstehung von Startup-Firmen aus Universität und Fachhochschule soll bestmöglich genutzt werden.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Europäische und weltweite Kooperationen:** Wir engagieren uns für stabile und berechenbare Rahmenbedingungen und eine konstruktive Forschungszusammenarbeit mit der EU und der übrigen Welt. Es muss sichergestellt sein, dass die Forschung und die forschende Industrie Zugriff auf Experten und Expertinnen aus aller Welt hat.
- › **Zugang zu EU-Forschungsprogrammen:** Der Zugang zu den (weltweit grössten) Forschungsförderprogrammen der EU muss gewährleistet bleiben. Er sichert das Ansehen und den Erfolg unserer Forschungsstätten im internationalen Wettbewerb.
- › **Forschungsfreiheit:** Forschungsfreiheit mit klar definierten (ethischen) Leitplanken garantiert den Fortschritt. Verbote und Moratorien wie zum Beispiel im Bereich der Biotechnologie behindern die Weiterentwicklung des Standorts.
- › **Public Private Partnerships:** Eine gute Vernetzung zwischen Hochschulen und Wirtschaft ist wichtig. Kooperationen zwischen privaten Unternehmen und den hauptsächlich öffentlich finanzierten Hochschulen sind daher gezielt zu fördern. Ein «Code of Conduct» kann die Forschungsfreiheit garantieren und die seitens der Gesellschaft geforderte Transparenz schaffen.
- › **Exzellenz in allen Bereichen:** Wir bekennen uns zur Universität Basel als traditionsreicher Institution. Auch sie muss mit ihren Mitteln jedoch haushälterisch umgehen. Eine Schwerpunktsetzung ist wichtig und gibt ihr ein Profil. Sie kann durch Anreize bei der nationalen Hochschulfinanzierung gefördert werden. Um Exzellenz in allen Bereichen zu ermöglichen, sollen die Hochschulen vermehrt miteinander kooperieren.
- › **Konkurrenzfähiger Innovationsstandort:** Der Innovationsstandort Basel muss im Vergleich mit anderen führenden Innovationszentren (rund um die ETH in Zürich und die EPFL in Lausanne) mithalten können und daher dringend gestärkt werden. Dazu gehört eine stärkere Berücksichtigung durch den Bund, aber auch der enge Einbezug der Wirtschaft bei Projekten wie dem «Innovationspark Basel Nordwestschweiz», damit deren Bedürfnisse bestmöglich berücksichtigt werden können. Private Investitionen in Forschung und Innovation sollen durch Anreizstrukturen gefördert werden.
- › **Wissenstransfer:** Um den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft zu befördern, sind die Rahmenbedingungen für Venture Funds und Inkubatoren zur Förderung von Start-ups, namentlich im Bereich der Life Sciences, bestmöglich zu gestalten.

# Gesundheit

Gesundheit stellt eines der wichtigsten Güter des Menschen dar. Der Zugang zu bester Medizin muss auch in Zukunft für alle Einwohnerinnen und Einwohner gewährleistet werden. Die hohe Qualität und Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems ist ein zentraler Pfeiler für die hiesige Lebensqualität und ein wichtiger Standortfaktor.

Die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem ist jedoch an Grenzen gelangt und stellt eine der grössten Herausforderungen dar. Die Prämienbelastung ist für den Mittelstand kaum mehr verkraftbar. Das System der Prämienverbilligungen verursacht einen grossen bürokratischen Aufwand und unterläuft den Grundsatz der einkommensunabhängigen Kopfprämie. Die Kosten der teuren Spitzenmedizin bedürfen einer stringenten Kontrolle, damit eine gesellschaftsspaltende Rationierung verhindert wird. Und schliesslich werden wir immer älter, weshalb die letzte Lebensphase finanziell vorausgeplant werden muss.

## Was die FDP erreichen will:

- › **Prämien von Steuern abziehen:** Im bestehenden System fordern wir die Möglichkeit, Krankenkassenprämien von den Steuern abziehen zu können, um den Mittelstand zu entlasten.
- › **Regional zusammenarbeiten:** Wir befürworten eine engere regionale Zusammenarbeit im gesamten Gesundheitswesen und die Bündelung regionaler Ressourcen, damit Doppelspurigkeiten abgebaut, Apparate und Personal plafoniert und Kosten eingespart werden können.
- › **Kostenwahrheit erreichen:** Gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) sind transparent auszuweisen, um Kostenwahrheit an den Spitälern zu gewährleisten. Die Strukturen bei der Bestellung, Regulierung und Aufsicht von Spitalleistungen müssen entflochten werden.
- › **Private einbeziehen:** Die Privatspitäler leisten einen wichtigen Beitrag zu einer hochstehenden Gesundheitsversorgung in der Region. Der Wettbewerb soll wenn immer möglich spielen können. Private sollen die Möglichkeit haben, sich auch unter Einbezug und Abgeltung von Gemeinwirtschaftlichen Leistungen in allen medizinischen Bereichen zu bewerben.
- › **Prämienregionen anpassen:** Die Prämienregionen sind so auszugestalten, dass keine Benachteiligung des Kantons Basel-Stadt aufgrund seiner besonderen Lage als Stadtkanton erfolgt.
- › **Selbstbestimmt sterben:** Jeder Mensch hat das Recht, selber über seinen Tod zu entscheiden. Die Tätigkeit von Sterbehilfeorganisationen ist deshalb zu respektieren, nicht zu behindern. Gerade in staatlichen Institutionen muss der Zugang dieser Organisationen unter klaren und transparenten Bedingungen gewährleistet sein, insbesondere sind Verantwortlichkeiten klar zu regeln.
- › **Mehr Medizinstudierende:** Der drohende Ärztemangel im Bereich der Grundversorgung erfordert mehr Medizinstudierende. Die Kosten für die Ausbildungsplätze müssen offengelegt und nachvollziehbar gemacht werden, der Bund hat seinen Anteil zu leisten. Der Hochschulkanton Basel-Stadt kann mit seiner medizinischen Fakultät Hand dazu bieten.
- › **Drogen legalisieren:** Jahrzehnte der Prohibition haben Drogen nicht beseitigen können. Ausgehend von der Freiheit des Menschen, sich selber zu schädigen, sollen Drogen grundsätzlich nicht verboten, sondern legalisiert, kontrolliert und besteuert werden, um dem leidbringenden Schwarzmarkt die Grundlage zu entziehen. Dem Jugendschutz ist wie beim Tabak und Alkohol hohe Bedeutung beizumessen.

## Denkanstoss für eine nationale Umgestaltung der Gesundheitsfinanzierung

Uns ist bewusst, dass die lokalen Möglichkeiten im Bereich der Gesundheitspolitik limitiert sind und Handlungsbedarf auf nationaler Ebene besteht. Hier setzen wir uns für eine deutliche Richtungsänderung mit einem neuen 3-Säulenprinzip ein:

- › Pflegebereich: Es sind Modelle für eine gesonderte Pflegeversicherung zu prüfen. Die Lösung soll mindestens zu einem Teil das Prinzip eines Ansparmodells wie bei der Pensionskasse beinhalten. Eigenleistungen von Angehörigen sollen ebenfalls mitberücksichtigt werden.
- › Risikobereich und stationärer Bereich: Teure ambulante und vor allem stationäre Behandlungen von schicksalhaften Erkrankungen können nicht durch Verhalten und Anreize beeinflusst werden. Hier soll weiterhin das Solidaritätsprinzip gelten. Die Leistungen sind künftig über Steuern zu finanzieren, was heute durch die Spitalfinanzierung und die Umverteilung durch Prämienverbilligungen ohnehin bereits der Fall ist.
- › Grundversorgung: Durch die Abgrenzung des Risiko- und Pflegebereichs wird die Kopfprämie für alle bezahlbar. Die Prämienverbilligungen und der damit zusammenhängende bürokratische Aufwand entfallen. Es sind möglichst viele Motivations- und Anreizmodelle für die Verbesserung der eigenen Gesundheit und eine Verringerung der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen vorzusehen.

## Kultur

Kultur ist alles, was den Menschen zum Menschen macht. In einem engeren Sinn verstanden, gehört ein umfassendes Kulturangebot zu den wichtigsten Standortvorteilen einer Stadt. Dazu gehören traditionelle genauso wie neue, noch nicht arrivierte Formen im ganzen kulturellen Spektrum.

Um dieses Angebot zu gewährleisten, braucht es einen guten Nährboden für Kulturschaffende jeglicher Ausrichtung. Das heisst, es müssen Ressourcen wie zum Beispiel Raum, Know-how oder finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, wobei programmatische Einmischungen zu vermeiden sind.

Wir sind überzeugt, dass Kultur in Form sogenannter Public Private Partnerships (PPP) besonders gut gedeiht, also einer Mischung von privatem Mäzenatentum, Sponsoring und Staatsbeiträgen. Dabei müssen auch betriebswirtschaftliche Kriterien eine Rolle spielen, indem insbesondere für den laufenden Betrieb von kulturellen Institutionen überlebensfähige Strukturen geschaffen werden, die nachhaltigen Erfolg ermöglichen.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Kulturangebot sichern und Grenzen aufzeigen:** Der Kanton muss seine langfristigen Absichten aufzeigen sowie realistische Finanzierungen gewährleisten, um unser ausgezeichnetes und breit geschätztes Kulturangebot zu erhalten. Er muss dabei auch die Grenzen der staatlichen Kulturfinanzierung definieren und aufzeigen.
- › **Auf Stärken fokussieren und grenzüberschreitend kooperieren:** Ziel der Kulturförderung soll ein klar definiertes Grundangebot mit ausgewählten Leuchttürmen sein. Der Kanton kann und soll nicht alles unterstützen. Zudem sind vermehrt Kooperationen mit anderen Kantonen und dem Ausland anzustreben.
- › **Veraltetes loslassen und Spielraum für Neues schaffen:** Weil das Kulturbudget beschränkt ist, muss stets hinterfragt werden, ob ein bestimmtes Angebot noch zeitgemäss und damit unterstützungswürdig ist. Ist dies nicht der Fall, sind Staatsbeiträge einzustellen, um Spielraum für Neues zu schaffen.
- › **Mehr Wirkungs- und Nachfrageorientierung:** Der Kanton muss sich im Klaren darüber sein, welche Wirkungen er mit der Kulturförderung erzielen möchte, und dies bei der Verteilung von Geldern berücksichtigen. Auch soll die Nachfrage des Publikums künftig eine grössere Rolle spielen.
- › **Eine echte Museumsstrategie:** Wie die Vergangenheit gezeigt hat, hat der Kanton grosse Schwierigkeiten, die fünf staatlichen Museen zukunftsgerichtet zu führen. Der Kanton kann mit einer echten, substanziellen Museumsstrategie die Leitplanken setzen und bestehende Strukturen hinterfragen, Ziele und Mittel vorgegeben – die konkrete Umsetzung soll künftig hingegen in der Hand der Museen liegen. Hierfür sind geeignete Organisationsstrukturen zu prüfen.

## Mobilität

Das Bedürfnis nach Mobilität ist ein wesentliches Kennzeichen unserer Zeit. Mobilität integriert, verbindet und ermöglicht Fortschritt. Eine gute Vernetzung und einfache Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln stärkt zudem den Standort.

Bereits heute wird der Raum Basel jedoch fast täglich von Staus geplagt, die Infrastruktur ist überlastet und der Regierungsrat hat ambitionierte Wachstumsziele: Bis 2035 soll sich die Zahl der Arbeitsplätze um 30'000 und jene der Einwohner und Einwohnerinnen um 20'000 erhöhen. Gleichzeitig verändert sich die Mobilität durch die digitale Integration aller bestehenden und neuen Verkehrsträger, die Frage «eigenes Fahrzeug oder öffentlicher Verkehr» wird ergänzt mit Optionen wie Service auf Abruf, kollaborative Formen und autonomes Fahren. Trotzdem wird die Gesamtnachfrage weiter steigen. Die Planung der künftigen Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die wichtigen Grossprojekte Durchmesserstrecke «Herzstück Basel», Rheintunnel und Autobahnring, sind deshalb durch Vorarbeiten und Lobbying in Bern zügig voranzutreiben.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Freie Wahl der Verkehrsmittel:** Der Staat schafft die Rahmenbedingungen und stellt die Infrastruktur zur Verfügung, die Wahl der Verkehrsträger muss aber Privatsache bleiben.
- › **Regionale, verkehrsmittelübergreifende Planung:** Die Region Basel braucht eine gemeinsame Verkehrspolitik für den öffentlichen und den Individualverkehr. Die Kantone müssen zusammenarbeiten und wo sinnvoll gemeinsame Trägerschaften errichten. So soll eine Verkehrsplanung beider Basel geschaffen werden. Zudem ist eine Fusion von BVB und BLT anzustreben.
- › **Verflüssigung von Verkehrsströmen durch Entflechtung:** Verkehr, der steht, mag niemand – und er kostet Geld. Wir setzen uns für die Entflechtung der Verkehrsströme ein, um eine Verflüssigung zu erreichen. Eine Diskriminierung von Verkehrsträgern führt dabei nicht zum Ziel. Die Kanalisierung von motorisiertem Individualverkehr auf Hauptverkehrsachsen und verkehrsorientierten Strassen ist effizient und trägt zum Verkehrsfluss bei. Dafür soll auf Quartierstrassen konsequent Tempo 30 gelten. Zudem unterstützen wir zugunsten der Entflechtung die Einführung von Velostrassen. Damit einhergehende Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs – wie z.B. der Abbau von Parkplätzen – müssen durch flankierende Massnahmen kompensiert werden.
- › **Autos brauchen Parkplätze:** In vielen Quartieren ist die Parkplatzsituation für die Anwohnerschaft prekär. Wir stehen deshalb der Schaffung von Quartierparkings positiv gegenüber. Zudem ist die Beschränkung von Parkplätzen auf Privatgrund aufzuheben.
- › **Reduktion der Parkgebühren:** Die Parkgebühren in Basel sind zu hoch. Das schadet vor allem dem Gewerbe. Sie sind deshalb auf das in der Region übliche Niveau zu senken (Riehen, Liestal und Lössach als Benchmark).
- › **Zukunftsgerichtete Konzepte prüfen:** Wir unterstützen zukunftsgerichtete Konzepte, die dazu beitragen, Kapazitätsengpässe während der Rushhour und Parkplatzknappheit zu beheben. Dazu gehören neue Arbeitsmodelle, Plattformen für Mitfahrgelegenheit oder Parkplatz-Sharing. Wobei wir auch hier auf private Lösungen setzen. Auch Konzepte für Mobility Pricing sollen näher geprüft werden, sie müssen aber für den Staat einnahmeneutral ausgestaltet werden und alle Verkehrsträger berücksichtigen.
- › **Flughafen erhalten:** Der EuroAirport ist wichtig für die wirtschaftliche Prosperität der Region. Er darf in seiner Tätigkeit nicht noch mehr eingeschränkt werden. Durch Abkommen mit Frankreich ist Rechtssicherheit für die dort ansässigen Betriebe zu schaffen.

## Sicherheit und Justiz

Es gehört zu den Kernaufgaben des Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie den Schutz ihres Privateigentums zu gewährleisten. Sich an die aktuellen Herausforderungen und Gefahren anzupassen, bleibt dabei eine Daueraufgabe. Statt mit Ideologie von links oder rechts ist diese Aufgabe mit Pragmatik anzugehen.

Es gibt keine totale Sicherheit. Wir wollen deshalb keinen Staat, der uns unter Generalverdacht stellt und uns rund um die Uhr überwacht. Bedürfnisse bezüglich öffentlicher Sicherheit und Privatsphäre sind stets gegeneinander abzuwägen und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Die Behörden brauchen Spielraum und die notwendigen Mittel, um kurzfristig und auch mit kleinen Massnahmen auf aktuelle Situationen reagieren und unsere Gesetze konsequent, effizient und zeitnah durchsetzen zu können.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Effektive und rechtsstaatliche Massnahmen:** Sicherheitsmassnahmen sollen nur dann verstärkt werden, wenn sie nachweislich die gewünschten Resultate liefern und rechtsstaatlich vertretbar sind. Auch sollen – anstelle eines Aktivismus aufgrund von Einzelfällen – Gesamtkonzepte im Vordergrund stehen, die Synergien zwischen den Blaulichtorganisationen nutzen.
- › **Internationale Zusammenarbeit:** Gerade in einem Grenzkanton ist internationale Zusammenarbeit in der Strafverfolgung unerlässlich. Basel soll sich daher auf allen Ebenen für Kooperationen wie Schengen/Dublin einsetzen.
- › **Wappnen gegen Cyber-Kriminalität:** Die Behörden müssen über die erforderlichen Kenntnisse und Mittel verfügen, um Cyber-Kriminalität wirksam bekämpfen zu können.
- › **Zeitnah prozessieren und vollziehen:** Strafverfahren sind möglichst zeitnah abzuschliessen, Urteile rasch zu fällen und diese rasch zu vollziehen.
- › **Digitalisierung nutzen, Bürokratie abbauen:** Es sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um Prozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen, damit sich die Sicherheitskräfte auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- › **Aktualität und Beständigkeit in der Gesetzgebung:** Gesetze sollen regelmässig überprüft, aktualisiert und entrümpelt werden. Moderne Mittel wie die «Sunset Legislation», also die zeitliche Begrenzung von Massnahmen, sind zu prüfen. Allerdings muss eine Balance gefunden werden zwischen dem Anspruch auf eine aktuelle und jenem auf eine beständige, verlässliche Gesetzgebung.
- › **Respekt gegenüber Sicherheitskräften:** Die Menschen, die täglich für unsere Sicherheit im Einsatz stehen, verdienen unser Vertrauen und unsere Unterstützung. Die Polizei darf nicht als Feindbild dargestellt werden und tätliche Angriffe auf Sicherheitskräfte sind mit der ganzen Härte des Gesetzes zu verfolgen.

## Soziales

Basel hat eine Jahrhunderte alte humanitäre Tradition auf staatlicher, kirchlicher und privater Basis im Umgang mit sozial benachteiligten Menschen. Unser Verständnis von Sozialpolitik ist eng verbunden mit einem zentralen Wert der FDP: dem Gemeinsinn. Der Gemeinsinn hält die Gesellschaft zusammen. Wir anerkennen, dass aus Wohlstand die Verpflichtung erwächst, für sozial schwächere und hilfebedürftige Bewohnerinnen und Bewohner zu sorgen. Wir tragen soziale Unterstützung mit, die auf den Prinzipien der Eigenverantwortung, aber auch der Solidarität beruht. Es soll in allen Bereichen das Prinzip des «Förderns und Forderns» gelten – entsprechend sollen die Systeme überdacht und angepasst werden.

Zur Eigenverantwortung gehört, die Konsequenzen eigener Lebensentscheide zu tragen und deren Kosten nicht auf die Gesellschaft abzuwälzen. Das ist heute allerdings immer öfters der Fall und mit ein Grund, weshalb die Sozialkosten laufend zunehmen und immer weniger Menschen Sozialleistungen für einen immer grösseren Bezückerkreis finanzieren müssen. Die Entrichtung staatlicher Leistungen soll neutral in Bezug auf Zivilstand, Kinderbetreuungsmodell und andere Lebensentscheide sein.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe:** Das Ziel sozialer Unterstützung muss sein, einer in Not geratenen Person zu helfen, beruflich und sozial wieder auf eigenen Füßen stehen zu können. Dieses Prinzip soll die Regel sein, auch wenn wir uns bewusst sind, dass es Menschen gibt, die dauerhaft auf Unterstützung angewiesen sind. Mit innovativen Ansätzen sollen starke Anreize zu einem aktiven Mitwirken und Engagement der Unterstützten gesetzt und die Betroffenen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt befähigt werden.
- › **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:** Wir setzen uns dafür ein, dass die niedrig qualifizierten, oft jugendlichen Arbeitssuchenden durch spezielle Massnahmenprogramme (z.B. Coaching, Weiterbildung) eine passende Erwerbsarbeit finden. Ebenfalls sollen zusammen mit Arbeitgeber-Organisationen Angebote geschaffen werden, damit Langzeit-Arbeitslose und Ü50-Arbeitslose den Wiedereinstieg in die reguläre Arbeitswelt finden.
- › **Sozialhilfequote senken:** Basel-Stadt hat schweizweit eine der höchsten Sozialhilfequoten. Durch primär erwerbsorientierte Massnahmen (Eliminierung von Fehlanreizen, gezielte Arbeitsintegration u.a.) sollen die Quote und so die Kosten reduziert werden. Für Jugendliche braucht es zudem die Früherkennung einer möglichen Sozialbedürftigkeit und Präventionsmassnahmen, damit sie nicht in eine Dauerabhängigkeit vom Staat geraten. Sozialhilfe-Missbräuche sind konsequent zu bekämpfen und zu bestrafen.
- › **Gezielte Hilfe statt Giesskannenprinzip:** Es gilt diejenigen Personen zu unterstützen, die effektiv auf Hilfe angewiesen sind. Das Giesskannenprinzip muss, wenn immer möglich, vermieden werden. Zudem ist zu vermeiden, dass durch das Steuersystem negative Arbeitsanreize entstehen. In der Sozialhilfe sollen die Beiträge an die Arbeitsmarktfähigkeit gekoppelt werden.
- › **Weniger aber wirkungsvolle Sozialinstitutionen:** Basel-Stadt hat Hunderte, meist subventionierte Sozialinstitutionen. Zur Ressourcen-Optimierung und zur gezielteren Betreuung der Klientinnen und Klienten soll der Zusammenschluss einzelner Institutionen systematisch geprüft und im Rahmen der Leistungsvereinbarung einverlangt werden. Auch soll die Wirkung aller subventionierten Institutionen regelmässig kontrolliert werden. Falls die vereinbarte Wirkung bzw. der ursprüngliche Bedarf nicht mehr nachgewiesen werden können, soll allenfalls die Subventionierung reduziert bzw. beendet werden.
- › **Freiwilligenarbeit wertschätzen:** Freiwilligenarbeit stärkt den Gemeinsinn und die Zivilgesellschaft, vor allem auf Quartierebene. Deshalb soll die Freiwilligenarbeit die entsprechende Anerkennung und Wertschätzung finden. Wichtig ist auch, dass das brachliegende Potential von Jugendlichen und Migrantinnen in der Freiwilligenarbeit vermehrt genutzt wird.

## Staat, Finanzen und Steuern

Die Gründung unseres Bundesstaats entsprang einem liberalen Geist. Deshalb sehen wir uns ihm gegenüber in einer besonderen Verantwortung. Wir stehen für einen starken, aber schlanken Staat. Einen Staat, der die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger schützt. Einen Staat, der stabile und attraktive Rahmenbedingungen für eine prosperierende Wirtschaft und die Lebensqualität aller Einwohner und Einwohnerinnen schafft. Gleichzeitig fordern wir einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, private Initiativen nicht konkurrenziert und seine Bürger nicht bevormundet.

Um seine Ausgaben zu decken, ist der Staat insbesondere auf Steuereinnahmen angewiesen. Die Belastung durch Steuern und Abgaben soll sich jedoch auf das Notwendige beschränken. Eine moderate finanzielle Belastung sowohl von natürlichen als auch von juristischen Personen trägt zur Attraktivität des Kantons bei.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Subsidiaritätsprinzip:** Obschon der Kanton Basel-Stadt nur drei Gemeinden hat, sollen Staatsaufgaben so niederschwellig und bürgernah wie möglich und mit grösstmöglicher Gemeindeautonomie erfüllt werden.
- › **Generelle Aufgabenüberprüfung:** Einmal pro Legislatur ist eine Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) durchzuführen, kombiniert mit einem Benchmark mit anderen Gemeinwesen. Ziel ist es, auf Aufgaben zu verzichten, die nicht mehr notwendig sind oder von Privaten übernommen werden können und damit die Staatsquote nachhaltig zu senken. Die Anzahl der Verwaltungsstellen soll zudem höchstens im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steigen.
- › **Geringe Staatsverschuldung:** Die Schuldenbremse ist eine freisinnige Errungenschaft, die entscheidend zu einer sinkenden Verschuldung beigetragen hat. Nach wie vor aber ist der Kanton überdurchschnittlich verschuldet. Wir treten daher jeder Aufweichung der Schuldenbremse entschieden entgegen. Zudem soll der immer noch sehr grosse Schuldenberg weiter abgebaut werden, um finanziellen Handlungsspielraum für künftige Generationen zu schaffen. Ebenso ist die Einführung einer Ausgabenbremse zu prüfen.
- › **Steuerlich wettbewerbsfähig sein:** Basel-Stadt weist heute in diversen Bereichen eine überdurchschnittliche Steuerbelastung auf. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, soll sich der Kanton konsequent an jenen Kantonen orientieren, die sich im unteren Drittel bewegen.
- › **Finanzvermögen des Kantons reduzieren:** Das Finanzvermögen entspricht dem Vermögen, das der Kanton zur Erfüllung seiner Aufgaben nicht benötigt. Basel-Stadt weist hier einen sehr hohen Wert auf. Er ist auf ein Minimum zu reduzieren, indem beispielsweise der Kanton nicht mehr selbst als Vermieter von Wohnungen agiert.
- › **Einfaches und übersichtliches Steuersystem:** Das Steuersystem soll so einfach und übersichtlich wie möglich ausgestaltet sein, wobei auch die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden sollen.
- › **Die ganze Kernverwaltung in einem Gebäude:** Die Verwaltungseinheiten des Kantons sind über das gesamte Kantonsgebiet verteilt und belegen teilweise Gebäude an bester Lage. Insbesondere Altstadtbauten könnten besser genutzt werden, z.B. als Wohnraum an attraktiver Lage. Mittelfristig ist die Konzentration der ganzen Kernverwaltung in einem einzigen Gebäude anzustreben, z.B. auf einem der Transformationsareale. Dies ermöglicht Synergien, kurze Wege und effiziente Prozesse.
- › **Reduktion der Departemente:** Die Regierung soll ihre Aufgaben künftig in fünf statt sieben Departementen bündeln.



## Stadtentwicklung

Die räumliche und strukturelle Gesamtentwicklung einer Stadt verbindet historisch Gewachsenes mit den aktuellen Investitionen in Infrastruktur und Lebensqualität. Als Referenz dient die «freisinnige Phase» von 1875 bis 1918. Damals wurde Basel-Stadt während der zweiten industriellen Revolution grundlegend modernisiert und man investierte weitsichtig in Bildung und Infrastruktur. Diesem Geist fühlen wir uns noch heute verpflichtet, mit dem Ziel, dass Basel ein im nationalen und internationalen Vergleich attraktiver und innovativer Standort für Menschen und Firmen bleibt.

Was Basel unter anderem auszeichnet ist ein hoher Grad an Urbanität und Lebensqualität auf kleinem Raum. Kurze Wege zwischen Arbeit, Wohnen und Freizeit sind nachhaltig. Die Dichte ist namentlich im Wohnbereich rasch auszubauen, so dass möglichst viele Familien, Arbeitskräfte und Studierende davon profitieren können und Basel an Anziehungskraft dazugewinnt.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Optimale Rahmenbedingungen und Anreize:** Zonenplanung, Bewilligungsverfahren und Vorschriften sind so zu gestalten, dass sie den Bau nachhaltig wegweisender und in jeder Hinsicht attraktiver Gebäude begünstigen und nicht verhindern. Das Investitionsklima ist zudem mit steuerlichen Anreizen zu verbessern.
- › **Entwicklung von Transformationsgebieten:** In Basel gibt es einige Gebiete, die sich in den kommenden Jahrzehnten grundlegend verändern werden. Diese Transformationsgebiete sind zügig mit grossen Volumen zu entwickeln. Hierfür braucht es zunächst eine Gesamtstrategie, die auch den Erhalt von Wirtschaftsflächen vorsieht. Die Ostranderweiterung ist im Rahmen eines neuen Projektes der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen.
- › **Attraktive Innerstadt:** Die Basler Innerstadt soll attraktives Zentrum der ganzen Grossregion sein. Es braucht ein klares Konzept, um sie für Kundschaft, Detailhandel und Gastronomie wieder interessanter zu machen. Damit neue urbane Angebote im öffentlichen Raum entwickelt werden können, braucht es zudem angemessene Lärmvorschriften und multifunktionale Stadtplätze.
- › **Umnutzung erleichtern:** Die Umnutzung leerstehender Gebäude und Areale ist zu erleichtern zugunsten von unternehmerisch denkenden Kulturschaffenden oder für zeitgemässe Angebote wie Showrooms oder Pop-up-Stores, kurz: für all jene Kräfte, die etwas Neues schaffen wollen.
- › **Ausgewogene Verkehrsinfrastruktur:** Wir setzen uns ein für eine bedürfnisorientierte, ausgewogene Entwicklung von öffentlichem und Individualverkehr mit unterschiedlichen Transportmitteln.

## Umwelt und Energie

Unsere Grundwerte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt verpflichten uns zu einem haushälterischen Umgang mit Energie und zu umweltverträglichem Wirtschaften. Denn wir wollen das gemeinsame Haus (oikos) der nächsten Generation so übergeben, dass sie sich frei und verantwortlich darin entfalten kann. Diese nachhaltige Entwicklung soll mit Forschung, Information, finanziellen Anreizen, Politikkohärenz, der Nutzung neuer Technologien und ihrer intelligenten Vernetzung erreicht werden.

Statt symbolischer Gesten und lokaler Sonderlösungen braucht es dabei Massnahmen, die national und kantonale aufeinander abgestimmt sind. Die Rahmenbedingungen müssen klar und verlässlich sein, damit Private sich langfristig danach richten und entsprechend investieren können. Eine sichere und zahlbare Energieversorgung muss dabei jederzeit gewährleistet bleiben.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Mehr Dichte:** Der grösste Nutzen für die Umwelt ergibt sich aus der Nähe von Wohnen, Bildung, Arbeit und Freizeit. Das städtische Raumangebot ist mit höherer Dichte im Bestand, grossen Volumen in den Transformationsgebieten und Investitionsfreundlichkeit markant zu erhöhen. Gleichzeitig soll mit vertikalem Grün an Gebäuden und begrünten Dachflächen die Biokapazität der Stadt erhöht werden.
- › **Förderung neuer Technologien:** Wir unterstützen die Entwicklung neuer Technologien mit hoher Energie- und Kosteneffizienz. Die Möglichkeiten der Digitalisierung und Vernetzung sollen für die Einrichtung intelligenter Energiesysteme, die Reduktion der Emissionen und des Verkehrsaufkommens genutzt werden. Dabei soll die Regierung keine Technologien vorgeben bzw. verbieten, sondern Ziele setzen, Anreize schaffen und mit gutem Beispiel vorangehen.
- › **Nachhaltiges Bauen vereinfachen:** Hauseigentümerinnen und -eigentümer bzw. Investorinnen und Investoren sind anwendungsorientierte Informationen zu nachhaltigem Bauen bereitzustellen (präzises Solarkataster, Erdwärme, Geothermie etc.). Auf die Pflicht, noch nicht ausgereifte Technologien zu verwenden, ist hingegen konsequent zu verzichten. Wir wollen keine strengeren Bestimmungen als das Bundesrecht vorgibt (kein „Basler Finish“).
- › **Stoffkreisläufe weiterentwickeln:** Namentlich im Bauwesen und im Zusammenhang mit Plastik sind die Stoffkreisläufe weiterzuentwickeln (Upcycling) und Projekte zu unterstützen, die umweltverträgliche Alternativen für problematische Stoffe erforschen und entwickeln.
- › **Ferien vor Ort attraktiver machen:** Wir möchten mit den benachbarten Gemeinwesen rund um den Rhein ein trinationales Netz von attraktiven Wander- und Velowegen sowie Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen, damit die Menschen wieder vermehrt vor Ort Ferien machen.

## Wohnen

Für Basel-Stadt ging das Bundesamt für Statistik 2007 von einer rückläufigen Anzahl Haushalte bis im Jahr 2030 aus. Heute setzt die Kantonsregierung auf eine Wachstumsstrategie mit 20'000 mehr Einwohnerinnen und Einwohnern bis 2035. Wohnungsknappheit und steigende Mietzinsen stellen allerdings schon heute eine grosse Herausforderung dar.

Die Herausforderung besteht darin, dass sich Bevölkerungsszenarien stets wieder ändern können und von der Idee bis zur Fertigstellung von neuem Wohnraum viele Jahre vergehen. Wohnpolitik braucht deshalb Weitsicht und eine gesamtheitliche Planung statt Aktivismus. Dabei entsteht neuer Wohnraum vor allem dann, wenn Prozesse und Bewilligungen vereinfacht werden, nicht wenn er staatlich verordnet wird. So kann man schneller auf Veränderungen der Nachfrage reagieren. Zugleich müssen die Bedenken der Bevölkerung aufgenommen werden, um Blockaden zu vermeiden.

### Was die FDP erreichen will:

- › **Neue Flächen erschliessen:** Die Möglichkeiten des Kantons zur Erschliessung von neuen Flächen sind begrenzt. Wir unterstützen Projekte, mit denen z.B. durch eine Überdachung der Autobahn oder der Eisenbahn mehr Platz geschaffen werden kann. Die zahlreichen Transformationsareale sind zudem in ihrer Gesamtheit koordiniert und rasch zu entwickeln. Zudem sind die gesetzlichen Regelungen so anzupassen, dass höher und mehr (Wohnraumquote) gebaut werden kann.
- › **Wertschätzung gegenüber Grundeigentümern:** Hauseigentümer schaffen Wohnraum und bekennen sich langfristig zum Standort der Liegenschaft. Ihnen ist daher mit Wertschätzung zu begegnen und nicht mit zunehmenden regulatorischen Einschränkungen und Abgaben.
- › **Bau auch von höherwertigem Wohnraum:** Die Wohnbaupolitik darf nicht dazu führen, dass der durchschnittliche Steuerertrag pro Einwohner sinkt. Wir brauchen nicht nur Genossenschafts- und Billigwohnungen, sondern auch höherwertigen Wohnraum. Ein guter Mix ist entscheidend.
- › **Tiefe Besteuerung bzw. Abschaffung des Eigenmietwerts:** Wir fordern, dass sich die Berechnung des Eigenmietwerts am bundesrechtlichen Minimum von 60% orientiert. Mittelfristig ist der Eigenmietwert abzuschaffen, wobei gleichzeitig sicherzustellen ist, dass junge Familien den Traum vom Eigenheim auch weiterhin verwirklichen können.
- › **Transparente, schnelle und nachvollziehbare Bewilligungsverfahren:** Bewilligungsverfahren sind systematisch dahingehend zu überprüfen, ob sie vereinfacht und beschleunigt werden können. Gesuchstellende sollen zudem nur eine Kontaktperson in der Verwaltung haben, die ihr Baugesuch betreut.
- › **Rückzug des Staates aus dem Wohnungsmarkt:** Die zunehmenden staatlichen Eingriffe in den Wohnungsmarkt führen dazu, dass Private mit der Schaffung von neuem Wohnraum zögern. Dies ist eine der Mitursachen für den Wohnungsmangel in Basel-Stadt. Der Kanton darf nicht als Regulator den Wohnungsmarkt steuern und zugleich als Mitbewerber auf dem Wohnungsmarkt auftreten.